DOCUMENT RESUME

ED 057 639 FL 002 313

AUTHOR Vogel, Bernhard
TITLE Das Bildungswesen in der Bundesrepublik Deutschland (Education in the Federal Republic of Germany).
INSTITUTION Georgetown Univ., Washington, D.C. School of Languages and Linguistics.
PUB DATE 29 Apr 71
NOTE 18p.; Speech presented at the School of Languages and Linguistics, Georgetown University, Washington, D.C., April 29, 1971

EDRS PRICE MF-$0.65 HC-$3.29
DESCRIPTORS Comprehensive High Schools; Curriculum Design; *Educational Administration; Educational Finance; Educational Objectives; *Educational Planning; Educational Policy; *Higher Education; Private Schools; School Organization; *Secondary Education; *Speeches; Student Attitudes; Student Teacher Ratio; Student Teacher Relationship; Teacher Education
IDENTIFIERS United States; *West Germany

ABSTRACT

In this paper delivered at Georgetown University, the Minister of Culture of Rheinland-Pfalz compares various aspects of the state of education in the United States and Germany, and draws conclusions for future planning. The areas he discusses are: (1) the politics of education, including controversy over federal and state responsibilities for organization and funding, (2) the importance of governmental and private subsidy, (3) the comprehensive high school versus specialized and private schools, (4) student attitudes, (5) educational priorities, (6) curriculums and student freedom for course planning, (7) student-faculty ratios, (8) teacher training, and (9) problems at the university level, including faculty-student cooperation and student unrest. The paper concludes with a call for greater international cooperation in educational planning. (RS)

U.S. DEPARTMENT OF HEALTH, EDUCATION & WELFARE
OFFICE OF EDUCATION
THIS DOCUMENT HAS BEEN REPRODUCED EXACTLY AS RECEIVED FROM THE PERSON OR ORGANIZATION ORIGINATING IT. POINTS OF VIEW OR OPINIONS STATED DO NOT NECESSARILY REPRESENT OFFICIAL OFFICE OF EDUCATION POSITION OR POLICY

ED057639

Das Bildungswesen in der Bundesrepublik Deutschland

Vortrag von

DR. BERNHARD VOGEL

Kultusminister von Rheinland-Pfalz

AUF EINLADUNG DER
SCHOOL OF LANGUAGES AND LINGUISTICS
GEORGETOWN UNIVERSITY

29. April 1971
Washington, D.C.

FL002313

ED 057639

1. Kurze Begrüssung der Gäste durch Prof. Dr. Robert Lado, Dekan der School of Languages and Linguistics.

2. Einführung des Ehrengastes durch Prof. Dr. Kurt R. Jankowsky, Leiter der Deutschen Abteilung.

Herr Minister Vogel!
Liebe Kollegen und Kolleginnen!
Liebe Kommilitonen!
Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wir sind sehr dankbar dafür, dass Herr Dr. Vogel, trotz starker Inanspruchnahme durch die primären Pflichten seines offiziellen Besuches in den Vereinigten Staaten, es dennoch hat ermöglichen können, der Einladung unseres Präsidenten zu einem Vortrag in Georgetown Folge zu leisten. Wir sind deshalb besonders dankbar, weil Herr Dr. Vogel, bis vor wenigen Wochen Vorsitzender der Ständigen Konferenz der Deutschen Kultusminister, wie kaum jemand dazu berufen ist, uns einen im Höchstmass authentischen Einblick zu geben, nicht nur in den gegenwärtigen Stand der Bildungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland, sondern vor allem auch in die zugrunde liegende Problematik sowie in die Strategie der für die nähere und weitere Zukunft geplanten Entwicklung.
Fragen dieser Art interessieren heute erfreulicherweise nicht nur den verhältnismässig kleinen Kreis von fachlichen Spezialisten, die Deutsch entweder lehren oder lernen. Vielmehr sind sie von Interesse für alle diejenigen, die sich um eine echte intensive internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Kultur im weitesten Sinne bemühn.
Es scheint in diesem Zusammenhange sehr wesentlich, darauf hinzuweisen, dass eine der ersten Amtshandlungen unseres Präsidenten Pater Henle nach seiner Amtseinführung im Jahre 1969 darauf hinzielte, besonders diejenigen akademischen Programme zu stärken und weiter auszubauen, die innerhalb der Sphäre der internationalen Zusammenarbeit über den rein sprachlichen Bereich hinausgehen.
Die Kurse in einem solchen Programm sind mit Notwendigkeit komparativ. Sie vergleichen einen kulturellen Sektor des eigenen Landes mit dem entsprechenden kulturellen Sektor des fremden Landes. Der Begriff Kultur ist hier natürlich sehr weit gefasst, etwa im Sinne einer Verlautbarung des gegenwärtigen Bundesaussenministers Walter Scheel als "alle Aspekte geistiger und schöpferischer Tätigkeit umschliessend, soweit diese sich auf Bildung, Erziehung und Wissenschaft beziehen."[1]

---

[1]Walter Scheel, "Auswärtige Kulturpolitik auf neuen Wegen", Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bulletin Nr. 108, Bonn, 23. Dez. 1960, S. 1961.

Es ist übrigens durchaus nicht überraschend festzustellen, dass eine akademische Arbeit dieser Art in ihren Grundsätzen völlig übereinstimmt mit dem, was man als eine allgemeine Definition von echter auslandsbezogener Kulturpolitik betrachten könnte. Ich zitiere wiederum Walter Scheel, aber ich bin sicher, dass seine Aussage nicht nur den offiziellen deutschen, sondern auch den amerikanischen Standpunkt wiedergibt:[2]

> Unsere Auswärtige Kulturpolitik ist nicht nur Darstellung unserer kulturellen Entwicklung, sondern auch Offenheit und Interesse für die kulturellen Leistungen anderer Völker. Wir wissen, dass unser Beitrag zu einer internationalen kulturellen Zusammenarbeit nur so viel wert ist, wie unsere Bereitschaft, uns auch anderen zu öffnen.

Damit, meine Damen und Herren, habe ich den Rahmen angedeutet, innerhalb dessen der Vortrag von Herrn Minister Vogel eine ganz ausserordentliche Bedeutsamkeit erlangt.
Lassen Sie mich einige Hinweise anfügen zum beruflichen und politischen Werdegang unseres Gastes.
Dr. Bernhard Vogel ist seit 1967 Minister für Kultus und Unterricht von Rheinland-Pfalz. Von 1960-1965 war er als Assistent am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Heidelberg tätig. Er war Mitglied des Bundestages von 1965-1967 und übernahm 1970 den Vorsitz der Ständigen Konferenz der Deutschen Kultusminister. Seit etwa 4 Wochen ist er stellvertretender Vorsitzender dieses Gremiums.

---

[2] ibid.

An dieser altehrwürdigen Universität zu Ihnen sprechen zu dürfen, erfüllt mich mit grosser Ehre, und ich möchte mich daher zunächst bei Ihnen für die Einladung bedanken. Dieser Dank gilt Herrn Präsidenten Henle, dem Dean of the School of Languages and Linguistics, aber auch Herrn Professor Heinrich Kronstein, dem unsere beiden Nationen einen guten Teil Dank schulden für viele Kontakte und Verbindungen, wie sie im wissenschaftlichen Bereich in den letzten 20 Jahren zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland geschaffen worden sind. Heinrich Kronstein gehört jener Generation an, die das grosse Verdienst hat, nach 1945 neu begonnen und wieder angesetzt zu haben. Wir Jüngeren haben die Verpflichtung, das Begonnene fortzuführen und es zeitgerecht weiterzuentwickeln.

Ich stehe am Ende einer vierwöchigen Reise durch die Vereinigten Staaten, die ich mit grossen Hoffnungen und Erwartungen angetreten habe. Denn ich komme aus einem Lande, in dem die Bildungspolitik in den letzten Jahren zum innenpolitischen Thema Nr. 1 geworden ist. Nachdem man sich über zwei Jahrzehnte vor allem mit dem Wiederaufbau beschäftigt hatte und glücklich war, dort wieder anknüpfen zu können, wo man nach 1933 der Gewalt weichen musste, ist in den letzten Jahren die Frage einer zeit- und zukunftsgerechten Bildungspolitik immer mehr in den Vordergrund der öffentlichen Erörterungen getreten. Bildungspolitische Fragen sind nicht mehr Fragen einiger Fachleute und Themen des Kulturteils unserer Zeitungen, sondern sie werden von einer breiten Öffentlichkeit mit grossem Engagement erörtert. Dabei stehen Schule und Hochschule im Mittelpunkt des allgemeinen Interesses. Vor allem

organisatorische Fragen finden grosse Aufmerksamkeit, aber in letzter Zeit gewinnen auch die Probleme der Inhalte und der Zielsetzungen von Unterricht und Studium in zunehmendem Masse an Bedeutung. Und schliesslich wird die Frage der Finanzierung eines stark expansiven Bildungssystems erörtert, nicht einfach wegen der generellen Knappheit der Mittel, sondern auch, weil die Rangordnung der Vorhaben und Pläne im Sinne einer verantwortbaren Prioritätenliste neu bestimmt und festgelegt werden muss.

Letztlich aber verbirgt sich in unserem Lande hinter allen Detaildiskussionen um Schule und Hochschule die Frage nach unserem Verhältnis zur jungen Generation und nach unseren Antworten auf ihre vielfältigen und grösstenteils wohl vollauf berechtigten Fragen.

Weil wir in Deutschland auf viele dieser Probleme keine gültige und ausreichende Antwort wissen, wollte ich hier in Ihrem Land sehen, zu welchen Ergebnissen Sie bereits gekommen sind und was wir von Ihnen lernen können. Ich hatte die Chance, mich sehr intensiv umzusehen und ich kehre vielfach bereichert und von Herzen dankbar für diese Möglichkeit nach Hause zurück.

Ich möchte versuchen, Ihnen einiges von meinen Erfahrungen im Vergleich zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten zu berichten. Allerdings habe ich bei meiner Reise vor allem jene Bemerkung eines klugen Mannes bestätigt gefunden: Es irrt, wer meint, wenn man selbst in einer Krise stecke, brauche man nur mit einem Flugzeug in einen anderen Kontinent zu reisen, um eine heile, sorglose Welt vorzufinden. In Deutschland gibt es z.Zt. eine sehr erregte Diskussion um die

Frage der Zuständigkeiten für das Bildungswesen, insbesondere für die Schulen und die Hochschulen. Wie Sie wissen, sind dafür die Länder, die zusammen die Bundesrepublik Deutschland bilden, in viel höherem Masse verantwortlich, als das in Ihrem Lande der Fall ist. Sie stellen die Lehrer ein und besolden sie, sie sind Träger aller Hochschuleinrichtungen und beteiligen sich durch sehr hohe Zuschüsse auch an der Errichtung aller Schulen. Die Kultusministerkonferenz, ein in unserem Lande vielgeschmähtes und doch unabdingbar notwendiges Organ, gebildet aus den Kultusministern unserer Länder, hat hier eine entscheidende koordinierende Aufgabe. Die Verantwortung des Bundes ist, begleitet von einigen Verfassungsänderungen in den letzten Jahren, gestiegen, und der Trend geht zu einer weiter wachsenden Beteiligung des Bundes. Sie drückt sich allerdings gegenwärtig im Finanzvolumen noch kaum nennenswert aus, denn nur etwa 4% aller Ausgaben für Schule und Hochschule leistet z.Zt. der Bund. Da die Zuständigkeitsfragen in Verfassungsfragen hineinführen, werfen sie die sehr grundsätzliche Problematik auf, wie es überhaupt mit den Zukunftschancen des Föderalismus steht, der für mich die moderne Form der Gewaltenteilung darstellt und insofern Grundgedanken von Montesquieu auf neue und m.E. allein lebensfähige Weise fortzuführen sucht.

Es ist wohltuend, wie wenig diese Zuständigkeitsfrage in Ihrem Lande eine Rolle spielt. Und dies gilt trotz weit stärkerer Selbständigkeit der einzelnen Städte und Counties, einer Selbständigkeit, die für unsere Augen gelegentlich nahe an eine verwirrende Zersplitterung

grenzt. Sicher, Sie nehmen für diese Selbständigkeit ein beachtliches Mass an Uneinheitlichkeit in Kauf und laufen Gefahr, sehr unterschiedlich qualifizierte Ausbildungsgänge anzubieten. Aber Sie setzen ein enormes Mass an Eigeninitiative frei. Mir ist in den Vereinigten Staaten eher eine noch regere bildungspolitische Diskussion als bei uns begegnet. Mir ist allerdings auch aufgefallen, dass diese Diskussion so gut wie niemals zum Streit zwischen den politischen Parteien führt, da man hierin in der Regel kein Problem unterschiedlicher Parteiauffassungen und keine Angelegenheit der staatlichen Parlamente oder gar der Union erblickt, sondern eine lokale Frage, die von den betroffenen Eltern, Lehrern, Schülern und von den lokalen Autoritäten gelöst werden muss.

Diese Eigeninitiative findet wohl in keinem Punkt so überzeugend Ausdruck wie in den unzähligen privaten Schulen und Hochschulen, die es in Ihrem Lande gibt und um die wir Sie nur beneiden können. Wer mit einem gelegentlichen Anflug von Eifersucht diese Situation beobachtet, insbesondere erkennt, welche führende Rolle private Hochschulen spielen wie Harvard, Stanford, Princeton und Georgetown, um aus der grossen Fülle nur vier Beispiele zu nennen, der kommt von dem Gedanken nicht los, Initiativen zu fördern, um auch in Deutschland zu solchen Einrichtungen zu kommen. Und falls er derartige Überlegungen bereits früher angestellt hat, muss er sich in ihnen bestätigt fühlen. Ihre gegenwärtige Diskussion zu diesem Fragenbereich ist für uns deshalb von allergrösstem Interesse, auch soweit sie die finanzielle Sicherung betrifft, die vielerorts in

Frage gestellt zu sein scheint. In einer Grundfrage ist unsere verfassungsmässige Ausgangssituation allerdings anders, wohl eindeutig einfacher als bei Ihnen. Eine finanzielle Beteiligung des Staates bei nichtstaatlichen Schulen und Hochschulen bereitet uns kein unüberwindbares verfassungsrechtliches Problem, wie dies bei Ihnen, insbesondere aufgrund des ersten amendment Ihrer Verfassung, der Fall ist. Ich persönlich bin der Überzeugung, der Staat sollte in dem Masse Hilfe gewähren können, in dem andere staatliche Einrichtungen durch Institutionen in freier Trägerschaft in ihrer Leistungsfähigkeit nicht behindert werden und in dem der Staat dadurch eigene Einrichtungen erspart.

Es besteht wohl kein Zweifel, dass die hohe Zahl privater Schulen und Hochschulen in den Vereinigten Staaten in den nächsten Jahren zurückgehen dürfte. Viele Einrichtungen sind ausserordentlich klein und schon darum nicht alle leistungsfähig. Manche liegen heute am falschen Orte, und mitunter sind die Intentionen, die die Gründer seinerzeit bewogen, entsprechende Stiftungen zu machen, überholt. Dennoch bin ich nach vielen Diskussionen in diesen Fragen der Überzeugung, dass das Prinzip doch bestehen wird, dass es auch langfristig in erheblichem Umfang bei Ihnen Schulen und Hochschulen in privater Trägerschaft geben dürfte. Freilich wird sich insbesondere die Finanzierungsform ändern müssen. Die Zeit, wo vor allem Landbesitz eine sichere Einnahmequelle garantierte, ist wohl vorbei, aber es ist nicht einzusehen, warum nicht auch anderes Vermögen, wie beispielsweise industrielle Produktion als Stiftungsvermögen eingebracht

werden sollte. Was bleibt, ist wohl das eigentliche Motiv für solche Einrichtungen: der Wunsch nach Konkurrenz und freiem Wettbewerb, der Wunsch nach eigener, anderer Gestaltung, der Wunsch nach Modellen und schliesslich mehr als bisher die Möglichkeit zu überdurchschnittlichen Leistungen. Nicht die Motivationen der Stifter, beispielsweise weltanschaulicher Art, dürften für die Zukunft die Existenz privater Einrichtungen sichern, wohl aber die tatsächlich erbrachte erzieherische bzw. wissenschaftliche Leistung.

Was den Bereich der Schule betrifft, so findet sich in der Bundesrepublik zur Stunde eine ungewöhnlich heftige Auseinandersetzung um die Gesamtschule. Bedauerlicherweise hat sich diese Diskussion in den letzten Monaten immer stärker ideologisiert und die Diskutanten in eine sehr harte und absolute Frontstellung getrieben. Wie dogmatisierte Glaubenssätze stehen sich immer häufiger die Argumente gegenüber und immer unversöhnlicher gerät diese Frage in die Auseinandersetzung der beiden grossen politischen Parteien. Ich selbst bin Befürworter eines erneuten, fortgeschrittenen, vielfach veränderten und weiterentwickelten Schulsystems, das aber durchaus auch die positiven Seiten der Gliederung unserer weiterführenden Schule in Hauptschule, Realschule und Gymnasium anerkennt und sichert. Ich kehre um manche Erfahrung im amerikanischen Schulwesen bereichert, aber nicht als Konvertit zur Gesamtschule nach Deutschland zurück. Es ist richtig, die Gemeinsamkeit und die Einheitlichkeit der amerikanischen High School sind beeindruckend. Nur besteht eben eine häufig gewählte Möglichkeit, dieser High School zu entgehen, wenn

man sie für seine Kinder, aus welchen Gründen auch immer, nicht wünscht. Sicherlich ist dies nicht das einzige und schon gar nicht das ursprüngliche Motiv für das Entstehen so vieler privater Schulen, aber man kann auf sie ausweichen oder ein solches Ausweichen zumindest ins Auge fassen, vor allem dann, wenn die nächstgelegene High School den gestellten Anforderungen nicht entspricht. Vielfach hörte ich, dass Eltern sich hierzu förmlich gezwungen fühlen, wenn sie nicht in einem Wohngebiet leben, das vom Elternhaus her bereits etwa bestimmte gleiche schulische Ansprüche stellt. Und dies, obwohl in den Vereinigten Staaten die einzelnen Wohngebiete eine ungleich höhere Einheitlichkeit in ihrer sozialen Struktur aufweisen und obwohl bei der insgesamt unvergleichbar grösseren Mobilität der amerikanischen Bevölkerung ein Wohnsitzwechsel aus dem Motiv heraus, den Kindern den Besuch einer besseren Schule zu ermöglichen, durchaus etwas Alltägliches darstellt. Ich bin weit davon entfernt, etwa die amerikanische private Schule dem deutschen Gymnasium gleichzusetzen, im Gegenteil, es gibt ebenso viele hervorragende und mustergültige private Schulen, wie es leistungsschwache und unterdurchschnittliche Einrichtungen dieser Art gibt. Dennoch fällt auf, dass in der Bundesrepublik etwa so viele Kinder eines Altersjahrganges ein Gymnasium besuchen, wie in den Vereinigten Staaten in privaten Schulen unterrichtet werden. Und gerade dort, wo ich besonders vorbildliche High Schools fand, wie beispielsweise im unmittelbaren Wohngebiet der Stanford University in Palo Alto, liegt in vergleichbaren Wohngebieten in der Bundesrepublik der Anteil der Besucher eines

Gymnasiums ebenfalls über 60 bis 70%. Im übrigen aber fällt auf, dass gerade in den grossen High School-Systemen oft die Differenzierung der Schüler nicht geringer ist als bei uns zwischen den drei verschiedenen Formen weiterführender Schulen. Auch dies bestärkt mich in meiner Überzeugung, dass wir in Deutschland in der Zukunft beim Schulbau der Errichtung von Schulzentren deutlich den Vorrang geben sollten. Eine Tendenz, die ich in den Vereinigten Staaten in diesem Masse nicht fand, im Gegenteil, es werden hier schon wieder gegenläufige Intentionen sichtbar.

Überhaupt fällt der Trend zur Individualisierung der Schule und des Unterrichts deutlich ins Auge. Schulbau, Lehrerbildung, Unterrichtsmittel und Stundenpläne sind mehr und mehr darauf abgestellt, die Schule zu individualisieren, jedem Schüler, soweit wie möglich seine eigene Schule anzumessen und von allzugrossen Zusammenballungen abzusehen.

Für einen deutschen Besucher ist wohl im Bereich der Schule am beeindruckendsten, zu erleben, wie man, und das heisst Lehrer, Schüler und Eltern, hier in den Schulen lebt. Hiervon können und müssen wir für unser Land lernen. Die Kinder gehen in den Vereinigten Staaten fraglos lieber zur Schule als in der Bundesrepublik. Man merkt es an der Art und Weise, wie sie hier in der Schule wohnen, wie sie den ganzen Tag dort verbringen, in welcher aufgelockerten und freundschaftlichen Atmosphäre sich der Tageslauf vollzieht, wie der Platz des einzelnen Schülers eben nicht allein in irgendeinem Klassenraum, sondern im ganzen Schulgebäude ist.

Zugleich sind die Arbeitsmöglichkeiten in den Vereinigten Staaten in der Regel weit besser als bei uns. Nicht, dass die Schulgebäude aufwendiger, geräumiger, grösser oder geschmackvoller gestaltet wären als bei uns, aber sie sind in vieler Hinsicht lebensnäher und zweckmässiger.

Lassen Sie mich als ein Beispiel von vielen, das mich beeindruckt hat, nur nennen, mit welcher Selbstverständlichkeit jede Schule, nicht nur die High School, über eine eigene Bibliothek mit eigener Bibliothekarin und einem festen Etat verfügt und wie die Kinder dann selbstverständlich von früher Jugend an an den Gebrauch von Katalog und Büchern gewöhnt werden. Eine ähnliche Selbstverständlichkeit und Umkompliziertheit findet sich übrigens auch in den Schulen, die mittags eine warme Mahlzeit verabreichen. Die jüngeren Experimente eines Schulbaues in der Form von "open space" ist ein Versuch, der unsere Aufmerksamkeit verdient und den wir auch bei uns experimentell erproben sollten.

Immer wieder habe ich bei meinen Schulbesuchen den Eindruck gewonnen, dass nicht der Unterricht als Sachfach, sondern die Lebens- und Arbeitsweise der Schule im Vordergrund steht. Sicher weiss man in den Vereinigten Staaten - und auch das sollten wir offen aussprechen - dass dies teilweise auf Kosten des Umfangs und der Intensität der Wissensvermittlung geht.

M.E. sollten wir in Deutschland bereit sein, hier einen gewissen Preis zu zahlen, allerdings auch darauf achten, dass er nicht zu hoch wird. Dass sich der junge Mensch im Leben zurechtfindet, ist das

erklärte Ziel der amerikanischen Schule.

In wachsendem Masse gehört dazu heute wohl auch das Ausmass an Wissen und Kenntnis, das man erworben hat. Die Bereitschaft, in der Gesellschaft zu leben und für sie da zu sein, fordert mehr als früher auch entsprechende Lernbereitschaft.

Ganz ähnlich wie bei uns fand ich in Ihrem Lande eine rege Diskussion um die Fragen neuer und zeitgerechter Curricula. Dabei muss man für die Vereinigten Staaten davon ausgehen, dass ein hohes, ja fast unbegrenztes Mass an Wahlfreiheit für den einzelnen Schüler besteht. Fraglos muss in der Bundesrepublik diese Wahlfreiheit erheblich ausgeweitet werden. Dennoch würde ich gerade auf der Basis Ihrer Erfahrungen nicht für eine absolute Wahlfreiheit eintreten, sondern möchte die Überzeugung äussern, dass einige Fächer zum unabdingbaren Lehrinhalt der Schule gehören müssen. Für mich ist das die eigene Muttersprache und, zumindest für ein so kleines Land wie Deutschland, eine weitere lebende Fremdsprache, ein naturwissenschaftliches Fach, ein Fach aus dem historisch-soziologischen Wissensbereich und der Sport.

Es ist beneidenswert, wieviele Lehrer in den Vereinigten Staaten wie wenige Kinder unterrichten. Hier können wir nicht mithalten, sondern nur als Zukunftsziel setzen, was Sie schon heute verwirklicht haben. Allerdings hängt wohl die Qualität von Erziehung und Wissensvermittlung nicht allein von der Zahl der Lehrer, sondern auch von ihrem Ausbildungsniveau ab. Nach meinem Eindruck ist die Methodik, Wissen zu vermitteln, in den Vereinigten Staaten in der Regel bei

weitem höher entwickelt als die Methodik, entsprechendes Fachwissen zu erwerben. Bei uns gab es bis vor kurzem zwei ganz unterschiedliche Ausbildungsgänge für den zukünftigen Lehrer. An den bisherigen sog. Pädagogischen Hochschulen stand die Methodik und die Didaktik des Unterrichts deutlich im Vordergrund, während wir im fachlichen Bereich nicht zu Unrecht von einem pädagogischen Zehnkämpfer sprechen mussten, der alle Sachfächer zugleich studierte. An den deutschen Universitäten wurden, insbesondere für die Gymnasien, zwar gute fachwissenschaftliche Voraussetzungen gelegt, aber häufig fehlte der entsprechende didaktische Unterricht. Unsere gegenwärtigen Massnahmen laufen darauf hinaus, die Ausbildung des jungen Lehrers in zwei miteinander verwandten Sachfächern und in den Erziehungswissenschaften gleichrangig zu betreiben und dadurch die guten Erfahrungen der beiden früheren Einrichtungen nutzbar zu machen, die Mängel aber zu beseitigen.
Dass Sie gegenwärtig einen beträchtlichen Überfluss an ausgebildeten Lehrern besitzen, führt mich zu zwei Überlegungen: einmal müssen wir unsere langfristigen Planungen zum Bedarf an Lehrern immer wieder sehr genau überprüfen und dabei u. a. auch die sich wandelnden Geburtenziffern mit berücksichtigen, denn auch in den Vereinigten Staaten gab es vor nicht allzu langer Zeit noch gravierenden Lehrermangel. Zum anderen meine ich, dass wir uns gegenseitig helfen sollten. Sie kennen meinen Vorschlag, unseren eklatanten Mangel an naturwissenschaftlichen Lehrern und Ihren Überschuss zu nützen, damit beiden Seiten geholfen werden kann. Ich sehe selbstverständlich die nicht unerheblichen Schwierigkeiten, wie sie sich aus der weiten

Entfernung, der unterschiedlichen schulischen Methodik, den Sprachschwierigkeiten und den finanziellen Problemen u.a. ergeben; aber die Möglichkeit, auf diese Weise in einen erheblich näheren Kontakt miteinander zu kommen und etwas sehr Praktisches für den gegenseitigen Kulturaustausch zu tun, scheint mir ein so verlockendes Ziel, dass man sich um die Beseitigung der auftauchenden Schwierigkeiten bemühen sollte. Ich werde sofort nach meiner Rückkehr mit meinen Kollegen über diesen Gedanken sprechen, und ich hoffe, dass wir gemeinsam einen Weg finden, ihn zu verwirklichen.

Was unsere Hochschulen und Universitaten betrifft, so haben wir fraglos gemeinsam die Grundproblematik, wie die Forschung an diesen Statten weiterentwickelt werden soll und wie wir eine zukunftsgemässe Form des Zusammenwirkens von Lehrern und Studenten fur die kommenden Jahrzente finden können. In Deutschland wird, in diesem Zusammenhang vornehmlich geradezu mit Leidenschaft, Wilhelm von Humboldt zitiert. Dabei geht es niemandem darum, seine Grundgedanken etwa in Frage zu stellen; es geht uns vielmehr darum, das zu tun, was Humboldt seinerzeit an der Universität Berlin versuchte, diesen Grundgedanken eine für die jeweilige Epoche gemässe Form zu geben. Diese Form entspricht nicht mehr dem Jahre 1971. Sie muss geändert werden.

Daneben aber finden wir doch zwischen den amerikanischen und den deutschen Hochschulen auch eine ganze Menge von Verschiedenartigkeiten. So kennen Sie in den Vereinigten Staaten nicht die drangvolle Enge, die uns in Deutschland bedrückt, auch wohl deswegen, weil Sie sich wesentlich leichter und improvisierter zu helfen wissen, wenn Not am Manne ist. Was die Lehrer-Studenten-Situation betrifft, so sind bei

uns in Deutschland die geschriebenen Rechte der Studenten fraglos ungleich grösser als bei Ihnen. Dennoch habe ich den Eindruck, dass in den Vereinigten Staaten der praktische Lebensvollzug viel problemloser, selbstverständlicher und unkomplizierter vor sich geht, so dass deswegen eine so scharfe, harte und leidenschaftliche Konfrontierung, wie wir sie kennengelernt haben, in der Regel bisher bei Ihnen ausgeblieben ist. Auch in der Studentenbewegung fand ich doch bemerkenswert andere Akzente. Vietnam und seine Fragen sind für die Studentenschaft der Vereinigten Staaten sehr viel mehr hautnah erlebte Probleme: dagegen scheint mir die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus, dem Marxismus und dem Sozialismus bei uns, wohl ebenfalls aufgrund der näheren Tuchfühlung, wesentlich leidenschaftlicher vollzogen zu werden als in den Vereinigten Staaten. Auch hat in Ihrem Lande die sog. Hippie-Bewegung eine weit beachtlichere Position und entwickelt sich zu einer unserer Jugendbewegung der frühen Jahrzehnte dieses Jahrhunderts vergleichbaren Struktur, die allerdings weithin unpolitisch und nur in wenigen Ausnahmefällen politisch engagierbar zu sein scheint.

Dennoch bleibt für beide Staaten die ernsthafte Frage, wie wir auf die Herausforderung der jungen Generation antworten werden. Ich glaube nicht, dass es eine tatsächliche Autoritätskrise gibt, in den Vereinigten Staaten noch weniger als bei uns. Aber auch in der Bundesrepublik Deutschland besteht diese Autoritätskrise nicht in einer generellen Verneinung der Autorität durch die junge Generation, sondern doch wohl nur darin, dass Autorität ernsthafter als früher

daraufhin geprüft wird, ob sie nur durch Titel, Amtsstellung und Gehalt beansprucht wird oder ob sie sich tatsächlich menschlich auszuweisen vermag. Und schliesslich sollten wir bedenken, dass der Student einmal das hohe Privileg besass, zu den wenigen Hervorgehobenen zu gehören, die im Gegensatz zur Regel über viele Jahre einer rein theoretischen Ausbildung leben durften, dass heute Student-sein aber nur noch bedingt heisst, Privilegien zu besitzen, und dass damit der Student einen Beruf ausübt wie mancher andere auch und kaum mehr ein Verständnis dafür hat, einer besonderen Lebensbedingung und besonderen Beschränkungen in seinem Lebensvollzug unterworfen zu sein. Was die Lösung des Generationskonfliktes insbesondere an den Hochschulen betrifft, so habe ich auch in den Vereinigten Staaten keine durchgängige Antwort gefunden. Eine - die sicherlich nicht die unsere sein kann - gibt die Universität der Mormonen in Provo im Staate Utah. Aber die gefundene Antwort kann für uns eine der notwendigen Herausforderungen werden.

Lassen Sie mich bitte mit dem Wunsche schliessen, dass wir in den von mir angeschnittenen und in vielen anderen Fragen zu einer wesentlich engeren Zusammenarbeit kommen. Gelingt dies, brauchen wir die Antworten nicht im bisherigen Umfang schuldig zu bleiben. Ich habe immer wieder beobachtet, wieviel wir beiderseits voneinander lernen könnten und wie wir gemeinsam ein leistungsfähiges und zeitgerechtes Bildungssystem entwickeln könnten. In Europa ist z.Zt. der Gedanke einer europäischen Hochschule sehr populär. Man versteht darunter wohl eine Art Musterbeispiel einer abendländischen

und das heisst dann wohl transatlantischen Musterhochschule, die so sein soll, wie man gerne alle Hochschulen hätte. Derartigen Gedanken hängt man bei uns sehr gerne in feierlichen Sonntagsreden nach. Ich halte nichts von solchen Träumen. Mir geht es um eine Internationalisierung unseres Bildungswesens. Wie es früher einmal selbstverständlich war, dass im Grunde die Universität von Prag, Heidelberg, Bologna und Paris keine nationalen Unterschiede kannten, so sollte die unmittelbare gegenseitige Kontaktnahme und der unmittelbare gegenseitige Austausch wieder selbstverständlich werden. Ich glaube nicht, dass dieses Ziel einige wenige Professoren, die gleichzeitig an zwei Universitäten diesseits und jenseits des Atlantiks lehren, verwirklichen können. Denn ich meine, wir müssten den Schritt zu einer weit engeren, auch institutionalisierten Zusammenarbeit tun. Etwa der Art, dass an miteinander partnerschaftlich verbundenen amerikanischen und europäischen, insonderheit hier deutschen Universitäten Professoren lehren, die sich untereinander sachlich und personell austauschen und ein gemeinsames Forschungs- und Lehrprogramm entwickeln. Es wäre ein Erfolg, wenn meine Reise und wenn diese meine Darlegungen auch hierzu einen Beitrag leisten könnten.